

Justiz Lahme Ost-Richter

Justizprozesse dauern im Osten häufig länger als im Westen. Nach einer vertraulichen Statistik der Bundesländer für das Jahr 2015 brauchen Amtsgerichte in Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen im Schnitt 5,2 bis 6,1 Monate, bis sie ein Zivilverfahren erledigt haben. In Bayern, dem schnellsten Bundesland, dauert es exakt vier Monate.

Sachsen liegt bundesweit mit 4,9 Monaten im Mittelfeld. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei Entscheidungen der Landgerichte sowie bei Strafverfahren vor Amtsgerichten. Anders ist es bei Strafprozessen vor Landgerichten: Hier erledigen die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die Fälle schnell, Sachsen-Anhalt mit nur 5,3 Monaten sogar am flottesten. Der Justizexperte Joachim Wagner, der für sein 2017 erschienenes Buch den Zustand der deutschen Justiz untersuchte („Ende der Wahrheitssuche“), erklärt die Ergebnisse mit einem immer noch bestehenden „Qualitätsgefälle in der Justiz zwischen alten und neuen Bundesländern, vor allem in den Amtsgerichten“. hip

Asyl Flüchtlinge als Quellen

Union und SPD wollen Asylbewerber wieder stärker von Geheimdienstmitarbeitern befragen lassen. Das geht aus der Schlussbewertung der Regierungsfractionen zum NSA-Untersuchungsausschuss hervor. Das Gremium hatte sich auch mit der „Hauptstelle für Befragungswesen“ beschäftigt, die vom Bundesnachrichtendienst betrieben wurde und bis zu ihrer Abwicklung 2014 zuletzt 200 bis 300 Asylbewerber jährlich ausgehört hatte. In manchen Fäl-

len befragten US-Geheimdienstler die Asylbewerber ohne das Beisein deutscher Beamter, was zu heftiger Kritik geführt hatte. Die Schließung der „Hauptstelle“ vor drei Jahren sei nachvollziehbar gewesen, schreiben nun Union und SPD in dem unveröffentlichten Bericht. Angesichts der großen Zahl an Flüchtlingen, die aus Krisengebieten nach Deutschland kommen, sei die Lage inzwischen anders. Alle Quellen müssten genutzt werden, um Informationen über terroristische Bedrohungen, Menschenhandel und Migrationsrouten abzugreifen. wow

Soziales DGB fürchtet um Rentenreserve

Die Gewerkschaften hadern mit der von der Bundesregierung geplanten Anpassung der Ostrenten an das höhere Westniveau. Es sei „inakzeptabel“, dass diese „einigungsbedingten Kosten in erheblichem Umfang sachfremd und systemwidrig aus Beitragsmitteln finanziert werden sollen“, heißt es in einer Stellungnahme, die der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) für die Abgeordneten des

Bundestags verfasst hat. Bis zum Jahr 2025 müsse die Rentenkasse durch die Neuregelung bis zu 15 Milliarden Euro mehr an Beitragsgeldern ausgeben, so das DGB-Papier. „Dies entspricht rund der Hälfte der aktuellen Rücklagen der Rentenversicherung.“ Die von 2022 an geplante Erhöhung der Steuerzuschüsse für die Rentenkasse hält der DGB für viel zu niedrig. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass von 2025 an ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West gelten soll. cos

CSU Bayern für Angie

Der neueste Fanklub von Bundeskanzlerin Angela Merkel entsteht dort, wo sie es wohl am wenigsten erwartet: in Bayern. Nachdem es 2016 in der CSU zum guten Ton gehörte, die Kanzlerin heftig zu attackieren, gründet sich nun eine „Wählerinitiative für Merkel“, angeführt vom früheren CSU-Vorsitzenden und Bundesfinanzminister Theo Waigel, 78. Auch die übrige Führungsriege der Unterstützer ist nicht gerade im jugendlichen Alter: Erwin Huber, 70, Exwirtschaftsminister in Bayern, und der ehemalige Kultusminister Hans Maier, 85, der einst lieber zu-



Waigel

rücktrat, als sich von Franz Josef Strauß maßregeln zu lassen. Außerdem die Rosenheimer Oberbürgermeisterin Gabi Bauer, 65, genannt „Rosenheim-Angie“, weil sie für eine Willkommenskultur in der Flüchtlingspolitik steht und die Forderung nach Obergrenzen als „vordergründige Diskussion“ abgetan hatte. Dazu kommen, wie Huber sagt, „eine Menge Leute aus Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft, deren Namen Gewicht haben“. Gesammelt würden sie von Waigel, und, so Huber, „es werden jeden Tag mehr“. Nächste Woche will Waigel seine Initiative im Münchner Presseclub vorstellen. Es sollen dabei vor allem Statements abgegeben werden nach dem Motto „CSU wählen – Merkel wählen“, oder „Wir vertrauen auf Angela Merkel“. Die Kanzlerin habe viel Kritik aus Reihen der CSU einstecken müssen, sagt Huber, dabei sei sie „unser größter Trumpf“. cnm

Steuerbetrug Neue Vorwürfe gegen „Batman“

Als Kopf eines Umsatzsteuerkarussells soll er gemeinsam mit seinen Komplizen 125 Millionen Euro zu Unrecht kassiert haben – nun wird es eng für Peter Virdee, genannt „Batman“. Kurz bevor am Mittwoch über die Auslieferung des Briten nach Deutschland vor einem Londoner Gericht verhandelt wird, hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main den Haftbefehl ausgeweitet. Virdee, der in der Londoner High Society verkehrt, soll Zeugen bedroht haben. Die Staatsanwälte verfolgen ihn nun auch wegen



Virdee

Verdunkelungsgefahr, heißt es in Ermittlerkreisen. Die Staatsanwaltschaft äußerte sich dazu nicht. Virdee gilt als Drahtzieher eines Umsatzsteuerkarussells mit Verschmutzungsrechten, in das auch die Deutsche Bank eingebunden war. An dem Netzwerk beteiligte Geschäftsleute importierten CO₂-Zertifikate steuerfrei aus einem EU-Land nach Deutschland, schleusten sie durch Scheinfirmen und führten sie über die Deutsche Bank wieder aus. Bei der Ausfuhr ließen die Täter sich vom Fiskus 19 Prozent Umsatzsteuer erstatte, die nie abgeführt worden waren. Virdee bestreitet die Vorwürfe. mhs, aul